Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnemente werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei der Zeitungsspedteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.

Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3348.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inserateteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 108. [48. Jahrgang.] **Sonntag den 9. Mai 1909.** **Erste (Abend-)Ausgabe.** **[48. Jahrgang.] Nr. 108.**

Berlin, den 8. Mai.

Rückblick.

In der großen Frage, die die Gemüter aller Deutschen beschäftigt, ob es gelingen werde, die Finanzreform noch in diesem Sommer zu stande zu bringen, ist ein wesentlicher Fortschritt während der letzten Wochen nicht festzustellen. Die politische Situation ist unverändert, und ein Ausweg aus den sich türmenden Schwierigkeiten noch nicht zu erkennen.

Die Finanzkommission des Reichstags hat während der letzten Woche energisch gearbeitet, das Branntweinsteuergesetz zu Ende geführt, und auch die Beratungen der aus der Subkommission zurückgelangten Weinsteuer noch erledigt. Leider entsprechen die positiven Ergebnisse für die Reichsfinanzen nicht den gehegten Erwartungen. Es sei ganz davon abgesehen, ob die Neuregelung der Branntweinsteuer den verschiedenartigen in Frage kommenden Interessen in der richtigen Weise entgegenkommt. Festzustellen ist aber, daß auch das finanzielle Erträgnis nicht unwesentlich hinter dem zurückbleibt, was in dem Reformplan angesetzt war und die Zustimmung der weitaus größten Mehrheit des Reichstages gefunden hatte. Durch die Festsetzung der Verbrauchsabgabe auf 1,15 ℳ innerhalb und 1,35 ℳ außerhalb des Kontingents, sowie die Abführung von 10 Mill. Mark an den Denaturierungsfonds ist der Ertrag von 100 Millionen Mark wenigstens für die ersten Jahre der Geltung des Gesetzes herabgemindert worden auf etwa 85, also um 15 Millionen Mark. Die Weinsteuer war mit 20 Mill. Mark Reinertrag für die Reichskasse vorgesehen; bis auf eine Erhöhung der Schaumweinsteuer und des Zolls ist sie ganz gestrichen worden, was wiederum etwa 15 Mill. Mark Ausfall bedeutet. Es hat sich daher auch bei diesen Beratungen ein Fehlbetrag von rund 30 Mill. Mark ergeben.

Was die Finanzkommission hier an den Einnahmen strich, hat zur selben Zeit die Budgetkommission auf der anderen Seite an den Ausgaben zugelegt. Die von der Budgetkommission beschlossene Erhöhung der Beamtengehälter bedeutet eine Steigerung des Reichsaufwandes für diese Zwecke um über 26 Millionen Mark. So sehr eine Aufbesserung der Beamtengehälter allen gesetzgebenden Faktoren am Herzen liegt, so sehr muß dieser Beschluß bedauert werden. Er steht im Widerspruche zu dem von den verbündeten Regierungen proklamierten und von der gesamten öffentlichen Meinung mit nachdrücklicher Zustimmung aufgenommenen Grundsatz, daß keine neuen Ausgaben ohne entsprechende Einnahmen bewilligt werden dürften. Es ist eine Ueberzeugung aller, die um das Wohl des Reiches besorgt sind, daß mit dem bisherigen Verfahren, ständig neue Ausgaben einzusetzen und dabei die Reichseinnahmen in ihrem Stande zu belassen, gebrochen werden muß. Nur unter diesem Gesichtspunkt hat überhaupt die Anforderung von 500 Mill. Mark neuer Steuern die Zustimmung der Allgemeinheit finden können. Bereits jetzt, noch bevor die Reformaktion irgendwie zum Abschluß gekommen wäre, ist dieser Grundsatz wiederum verlassen worden: Es ist unerfindlich, mit welchen Mitteln die neue Erhöhung des Reichsbedarfes aufgebracht werden soll. Von den angeforderten 500 Mill. Mark sind in der ersten Lesung der Kommission bisher mehr als 200 Millionen gestrichen worden. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß das Defizit für das Jahr 1908 beinahe 130 Mill. Mark mehr beträgt als vorveranschlagt war. Nun kommen 26 Mill. Mark neuer Ausgaben hinzu, so daß also der Betrag von 500 Mill. Mark unzureichend ist, um mindestens 526 Millionen neue Steuern notwendig sein würden.

Die verbündeten Regierungen werden, daran ist kein Zweifel, an dem Grundsatz: „Keine Ausgaben ohne Einnahmen", als dem Fundamentalsatz einer geordneten Finanzwirtschaft unter allen Umständen festhalten. Sie geben die Hoffnung noch nicht auf, daß die Erkenntnis der Staatsnotwendigkeit und das politische Verantwortlichkeitsgefühl bei den Reichstag zu dem Entschluß nötigen werden, dem bisherigen Zustande ein Ende zu machen und trotz aller Schwierigkeiten noch in diesem Sommer eine volle Deckung des Reichsbedarfs zu beschaffen. Gerade durch den Beschluß der Budgetkommission ist die Notwendigkeit der Reform unserer Finanzgebarung erneut in das rechte Licht gerückt worden.

Gemäß dem Beschlusse des Seniorenkonvents hielt der Reichstag in dieser Woche nur drei Plenersitzungen ab, von denen die erste sich noch weiter mit Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation wegen der von Arbeitgebern errichteten Wohlfahrtskassen befaßte. Ein freikonservativer Redner meinte, daß die Urheber dieser Debatte selbst wohl auf kein praktisches Ergebnis rechneten, und er beklagte den Zeitverlust angesichts wichtigerer Gegenstände. Hierdurch schienen sich in sozialdemokratischen Mitglieder des Hauses, die sodann zu Worte kamen, zu einer gesteigerten Heftigkeit bei ihren Beschwerden und Vorwürfen angetrieben zu fühlen; der Abg. Hue brachte es schließlich zu einem Ordnungsruf. Nochmals faßte sodann der Staatssekretär des Innern Dr. v. Bethmann Hollweg in ruhigen und übergezogenen Ausführungen das Fazit der Besprechung zusammen. Sie habe vor allem zur Klärung insofern beigetragen, als das Eingreifen der Gesetzgebung gerade in diesem besonderen Falle das Fortbestehen der Werkskassen gefährden müßte. Im Begriff, Reformen durchzuführen, die große Arbeit verursachen und die sozialpolitischen Lasten erheblich steigern, erkläre es die Regierung für vollkommen ausgeschlossen, in solchem Moment eine neue Zusatzversicherung zwangsweise auch nur in Aussicht zu stellen. Auf der einen Seite entstünden dann nicht realisierbare Hoffnungen, die in Forderungen auswüchsen, auf der anderen Seite eine Beunruhigung, die mit Recht zurückzuweisen sei. Man sollte sich davor hüten, die Arbeiter bei der Anschauung zu erhalten, daß ihre Bestwerden ohne weiteres abgestellt werden könnten, wenn nur die böse Reichsverwaltung und der böse Bundesrat es wollten. Uebrigens habe die tatsächliche Entwicklung bereits dahin geführt, daß eine große Anzahl von Kassen verschiedene der vorgebrachten Reformgedanken durchführten; solche Einrichtungen gedeihen eben besser auf dem Boden der Freiwilligkeit als, des Zwanges. Ruhige und sachliche Bespreechungen im Reichstage fördertten tatsächlich die Angelegenheit in sehr nachhaltiger Weise. Auch bei den Arbeitgebern werde sie am besten gefördert, wenn man die wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten im Auge behält und ihnen nicht mit ganz unmöglichen und ungerechten Forderungen komme. — Der folgende Sitzungstag galt zunächst der ersten Beratung der Vorlage, betreffend die Haftung des Reichs für Verletzungen der Amtspflicht. Vom Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Nieberding kurz befürwortet als das Ergebnis des Eingehens auf eine Resolution des Hauses, wurde der Entwurf an die Justizkommission überwiesen. Hierauf fanden die vier Novellen zum Gerichtsverfassungsgesetz, zur Zivilprozeßordnung, zum Gerichtskostengesetz und zur Gebührenordnung für Rechtsanwälte in dritter Lesung Annahme. Der Antrag Speck, der eine Vorlage zum Schutze des mittleren und kleineren Mühlenbetriebes in Gestalt einer sich steigernden Vermahlungssteuer wünscht, kam am Donnerstag zur noch nicht abschließenden Besprechung. Die der Direktor im Reichsschatzamt Kühn erklärte, ist die Reichsregierung bisher nicht in der Lage gewesen, zu der aufgeworfenen Frage Stellung zu nehmen.

Im preußischen Abgeordnetenhause stand der Etat der Unterrichtsverwaltung zur Verhandlung, und es kamen sowohl beim Kapitel der Universitäten wie bei denen der Lehranstalten zahlreiche Einzelheiten zur Sprache. So begann denn ein nationalliberaler Abgeordneter, dessen Rede gleichwohl eine Reihe allgemeiner Gesichtspunkte zu berühren nicht verfehlte, mit der Verwahrung, er sei schon der dritte Schulmann, der jetzt spreche; die Tatsache allein bekümmere ihn, weil nicht jeder das vertrage. Fern von diesem gutlaunigen Bewußtsein, daß man selbst im Parlament als Fachmann die Mehrheit tumlichst zu schonen bestrebt sein sollte, befanden sich natürlich die sozialdemokratischen Redner, die allerwegen „Fachleute" sind, wo es ihnen gefällt. Auch in einer Abendsitzung am Donnerstag, die vier Stunden währte, konnte der Etat noch nicht völlig zu Ende beraten werden. Der Freitag, an dem die Plenarsitzungen ausfielen, brachte eine wichtige Entscheidung in der Wahlprüfungskommission: die vier sozialdemokratischen Landtagsmandate wurden von ihr für ungültig erklärt, und zwar mit einer Majorität, die doch wohl für die Entscheidung des Hauses selbst maßgebend bleiben wird. Näheren Mitteilungen aus den Verhandlungen ist zu entnehmen, daß die Ansichten darüber, ob es zulässig sei, verschiedene Steuerzahle bei der Aufstellung der Wählerlisten zu Grunde zu legen, je nachdem die Steuereinschätzung schon vollendet ist oder nicht, die Ansichten geteilt waren. Insbesondere sprach, außer dem Sozialdemokraten, ein Zentrumsmitglied sich dahin aus, daß auch verschiedene Jahre zu Grunde gelegt werden könnten. Ein Freisinniger widersprach jedoch dieser Ansicht und wies darauf hin, daß gerade die Listen von 1908 von den Sozialdemokraten für günstig erklärt worden seien, weil dieses Jahr für die Arbeiter in Bezug auf die Höhe ihres Verdienstes besonders vorteilhaft gewesen wäre. Es wäre deshalb auch gegen die acht anderen in Berlin gewählten Abgeordneten kein Protest erhoben worden, da die Sozialdemokratie ihn hätte erheben müssen. Sodann wurde aus der Kommission hervorgehoben, daß es dem Billigkeitsgefühl nicht entspräche, wenn die Wahl von vier Abgeordneten in Berlin für ungültig erklärt werden sollte, während die von acht anderen Berliner Abgeordneten rechtskräftig bliebe. Demgegenüber wurde ausgeführt, daß eine derartige ungleiche Behandlung zum Beispiel auch bei der Rechtsspflege eintreten könne. Wenn einzelne sich bei dem Urteil erster Instanz beruhigten, andere aber die zweite Instanz anriefen und kroll ein für sie günstiges Urteil erlangten, erschienen die ersteren benachteiligt. Hinsichtlich der Ausübung von Wahlterrorismus durch die sozialdemokratische Partei wurde durch Vorlegung von Artikeln aus dem Vorwärts, Berichten über die Verhandlung des Nürnberger Parteitages und Beschlüssen der sozialdemokratischen Landeskonferenz für Preußen darauf hingewiesen, daß ein Boykott gegen die kleinen Geschäftsleute in aller Form organisiert worden sei. Auch waren an die Türen einzelner Geschäftslokale, deren Inhaber als Wahlmänner in der Hauptwahl für die bürgerlichen Kandidaten gestimmt hatten, Listen mit den Namen dieser Wahlmänner angeheftet worden, um sie zu einer anderen Stimmabgabe in der Stichwahl zu veranlassen. Tatsächlich haben auch im 12. Wahlbezirk sieben dieser Wahlmänner sich von der Stichwahl ferngehalten. Von sozialdemokratischer Seite wurden Einzelbeweise für den Boykott verlangt und die Meinung ausgesprochen, daß ein Terrorismus in viel schärferer Weise vom Staat ausgeübt würde, der seine Beamten, die sich zu sozialdemokratischen Grundsätzen bekennten, maßregele. Der Terrorismus sei kein Grund für eine Ungültigkeitserklärung, jedenfalls müßte nachgewiesen werden, daß er Einfluß auf das Wahlergebnis gehabt habe. Ein freisinniges Mitglied der Kommission legte dar, daß nicht Einzelfälle von Terrorismus vorgekommen seien, sondern daß sich ein planmäßig organisierter Terrorismus über ganz Groß-Berlin erstreckt habe. Es sei auch nie Obsiegenheit der Kommission gewesen, einen ziffernmäßigen Nachweis zu verlangen, besonders sei das auch nicht in der Kommission des Reichstags geschehen. Sowohl der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei von Berlin, Ernst, hätte den Terror zugegeben und für die Zukunft ihn in verschärfterer Form in Aussicht gestellt, als auch habe der Abg. Ströbel dies von der Tribüne des Abgeordnetenhauses ausgesprochen. — Die der Kommission vorgelegten Fragen gingen dahin, ob der behauptete Terrorismus als nachgewiesen anzusehen sei und eine für den Ausfall der Wahl erhebliche Wahlbeeinflussung darstelle, ob die der Wahl zu Grunde gelegten Wählerlisten gesetzmäßig aufgestellt waren, und ob auch die Wahlmännermahlen für ungültig zu erklären sind. Die Kommission bejahte alle Fragen mit großer Stimmenmehrheit.

Enthält die Motivierung dieses Kommissionsbeschlusses eine entschiedene Verurteilung der sozialdemokratischen Wahlpraktiken, so erlebt die Wählerei der Sozialdemokratie auch sonst energische Abweisungen. Sehr empfindlich sind den wackeren „Genossen" soeben die Ausführungen in den Sozialistischen Monatsheften geworden, mit denen der „Genosse" Karl Leuthner sich recht mutig gegen die radikalistische Unehrlichkeit bei Behandlung von Fragen der auswärtigen Politik in den linksaß stehenden Presse Deutschlands wandte. Abrüstungsphantasieen, in einer billigen und bei aller Argenzitheit der Beweisgründe sich desto hartnäckiger festsehenden Dialektik vorgetragen, sie gehören dort jahrzehnt jahrein zum politisierenden Lesefutter. Namentlich wird dabei betont, daß wir mit England unbedingt und schleunigst zu einer feslegenden Einigung über die Sperrung gelangen müßten. „Genosse" Leuthner aber faßte diese Mahnungen kurz entschlossen unter den Begriff einer Dreadnoughtfrage und ging ihnen folgendermaßen zu Leibe:

„Die Klubs der Harmlosen, die in Deutschland zum guten Teil die öffentliche Meinung beeinflussen, bilden sich ein, hier liege alles daran, daß Deutschland sich zu einem Vertrage verstehe. Ich spreche nicht gegen einen Vertrag zur Einschränkung der Rüstungen. Doch glaube ich, daß man sich seine Schwierigkeiten wohl vorstellen muß, und namentlich, daß man für ihn nicht mit Argumenten wirken darf, die der englischen Kriegspartei die Agitation erleichtern. Der Vertrag, wie ihn die britische Regierung — angeblich — anstrebt, bedeutet nichts anderes als daß, was die europäischen Mächte von Berlin als dessen Ehre und Souveränität abträglich abwehren zu wollen vorgaben: die Aufhebung des Selbstbestimmungsrechts der Nation darf zu Lande, hier zu Wasser. Nun mag die deutsche Souveränität weniger wert sein als die britische. Allein, man muß sich wenigstens klar werden, daß von einer Vereinbarung zu gleichen Rechten gar nicht gesprochen werden darf. England stipuliert von vornherein seine Uebermacht, Deutschland seine Inferiorität. Ein solcher Vertrag kann nach aller Erfahrung der Geschichte nur besagen, daß der belastete Teil, weil er den Krieg nicht wagt, den Erfolg der Niederlage auf sich nimmt. Auch dagegen will ich nicht predigen. Können wir den Schrecken eines für den deutschen Handel verderbenden Seekrieges nicht anders entgehen, so unterwerfen wir uns, so begeben wir uns eines Teils unserer Selbstbestimmungsrechts! Nur ist es eines großen Volkes unwürdig, sich die Wahrheit durch Phrasen zu verdunkeln. Ein Vertrag ist nie, was sein Wortlaut sagt, sondern was er sein kann; man studiere etwa die Geschichte des Berliner Friedens. So würde denn auch ein Abkommen zwischen Deutschland und England nichts daran ändern, daß beide ganz verschiedene Möglichkeiten und Interessen haben. Wie soll der Vertrag die Engländer überhaupt beschränken? Wer kann sie hindern, womit sie jetzt schon beginnen, die gewaltigen Schiffskolosse von Kanada, Australien und Südafrika bauen zu lassen? Die Kolonieen sind souverän, und der Beschluß der größeren Britannien, der kommen wird, so oder so, wird die Gegenpartei dahin zu verführen, wer eigentlich die Kosten trägt. Ferner, wenn Deutschland und England sich gegenseitig binden, wer bindet Frankreich und Rußland, die in absehbarer Zeit nur als Feinde Deutschlands in Betracht kommen? Endlich, wie soll die Kontrolle geschehen? Der Schiffsbaumeister der Welt, England, kann jederzeit Schiffe auf Stapel legen, scheinbar für fremde Rechnung, die dann doch dem eigenen Geschwader angeschlossen werden, wie dies Japan unter weit schwierigeren Umständen mit den argentinischen Kreuzern tat. Wozu die vielen Worte? Die Geschichte spricht deutlich genug über solche oberflächlichen Verträge und ihre Wirkungen. Sie waren immer die Vorläufer von Kriegen, die daraus entsprangen, wie eine Anmaßung des Siegers oder Empörung des Unterjochten zum unvermeidlichen Aeußersten führten. Denkt man an die Kontinentalsperre oder an den Tilsiter Frieden, so ist der Vergleich nicht einmal willkürlich gewählt; denn damals, wie heute, handelt es sich um den Anspruch auf die Weltherrschaft. Und es ist nun fast komisch zu lesen, daß dieser Anspruch gerade in Deutschland auch willig anerkannt wird, nicht als Katsche — die muß man selbstverständlich zugeben — sondern auch sozusagen als ein nationales Recht der Briten. Denn wie soll man es sonst verstehen, daß erklärt wird, England könne die Gefahr, auf die gleiche Stufe der Seemacht mit Deutschland zu kommen, nicht ruhig hinnehmen? Es würde dann auch lange nicht irgendwelche Gefahr leben, wie sie jede kontinentale Macht angesichts der gleichgerüsteten Nachbarn bedroht, da eine Niederlage der Flotte immerhin nicht die Ueberflutung des eigenen Landes mit Feindesmacht bedeutet. Wer würde es aber als Recht Deutschlands angesprochen haben, die Ueberlegenheit, die es 1871 innehatte, durch aufgezwungene Verträge zu stabilisieren und bestimmte Fortschritte der Waffentechnik sich vorzubehalten? Hier hat man den analogen Fall, der das Verständnis der Sachlage eröffnet."

Mit Schärfe beleuchtete dieser von der parteimäßigen Trägheit des Denkens losgekommene „Genosse" ferner die geistige Disposition, aus der heraus solche Forderungen, in Deutschland an Deutsche gerichtet, entstehen konnten. Er sagt:

„Wage aber einer zu bezweifeln, daß Britannien der Hort der Freiheit sei! Er läuft Gefahr in deutschen Landen als Chauvinist gebrandmarkt zu werden. Mit dem Engländer lebt stets das Gefühl herum, daß ihm alles erlaubt, daß ihm jede Gefährdung seiner Interessen das Glück und das Recht der Welt erfüllt sei. Dadurch sind die Engländer ein Herrenvolk, und ihre aristokratische Selbstbewertung hat sagzestive Kraft auf alle Schwachen im Geist. Der Beweis hat immer unrecht, er glaubt es zuletzt selber. . . . Die Deutschen, die so lau für ihr Volk leben, haben keine Ahnung von diesen Werken des Hasses. Mit der Naivität von Kindern blicken sie meist in die Welt, ihr gutgemeintes Geschwätz von Recht und Gerechtigkeit weckt nur die Verachtung jener gewandten Macher, die die Worte Freiheit und gerechte Sache im Munde, wie der gerissene Händler von Wohlfeilheit und Reellität redet."

Nun ist selbstverständlich nicht zu vergessen, daß Leuthner, um auf die Kreise, die es angeht, unmittelbarer zu wirken, sich einerseits zuerst den ihnen schon geläufigen Voraussetzungen nähern, anderseits jedoch die Partei, zu der er selber zählt, vielmehr zu schonen suchen mußte. Deshalb richtete er seine Polemik gegen die demokratische Presse, was er später noch durch vorsichtigerweise bereitgestellte Belege gestützt hat. Es hat ihm allerdings nichts geholfen, denn die Sozialdemokratie und ihre Organe fühlten sich so direkt getroffen, daß sie erbittert auf jede goldene Brücke verzichteten. Sie traten freiwillig den Nachweis an, daß sie gemeint sein mußten, und leerten über den „Genossen" ihre stets vorrätigen Kübel von Invektiven aus. Die gelindeste Bezeichnung dabei war die eines „albeutischen Narren". Allein der Angegriffene hatte sich dessen längst versehen und vielleicht schon seinen nächsten Artikel im Kopfe fertig, als der bisher behandelte zuerst erschien. Wir halten das Symptom, das der Auseinandersetzung zu Grunde liegt, für bedeutsam genug, um auch der Erwiderung Leuthners auszugsweise Raum zu gönnen. Er überschreibt sie mit dem Worte „Umlernen" und schildert einleitend die „Fakire" des Glaubens an Karl Marx mit drastischem Sarkasmus. Ihr Vorrat an Formeln decke alles, was vorkommen mag. Sie aber, diese Meinungsfabrik, müßten eben umlernen, und am meisten in der Behandlung der auswärtigen Politik. Sonst scheide vermöge ihrer jetzigen Taktik die Sozialdemokratie als friedenerhaltende Partei tatsächlich aus.

„Die auswärtige Politik muß für uns aufhören, im alten Sinne ein Mittel der Agitation zu sein", so führt Leuthner nun aus; „sie muß für uns ein Gegenstand höchster Wichtigkeit werden, den wir nach seinen eigenen Zwecken und Zielen behandeln. In der Zeit, wo es vielleicht in unseren Reihen üblich war, den Krieg als ein lächerliches Ideal, die auswärtige Politik als Firlefanz zu betrachten, in jener Zeit, die vieles in sich trug, solche Auffassungen scheinbar zu rechtfertigen, konnte es als die leichteste Aufgabe der sozialdemokratischen Aktion gelten, immer den Punkt zu finden, wo die eigene Regierung schuld hatte oder hätte haben können. Damit bewegte man sich Durchaus im Dienst der Parteiinteressen, die den Kampf gegen die Regierung und die herrschenden Klassen in sich schließen. Ueber die Wirkungen nach außen, über das Echo im Auslande machte man sich bei Anklagereden wenig Skrupel. Dank dem dauernd gesicherten Frieden der Kontinents hatte man völlig verlernt, darauf zu achten, was jenseits der Grenzen die üble Stimmung gegen unser Land und Volk etwa verschärfen, was der Kriegsdemagogie im Ausland zu Behelf und Material werden könnte. Wenn nun aber der Krieg Jahr um Jahr in Sicht kommt, wenn der Gedanke an die Hundertsinende von Proletarierleichen den Gedanken an kleinen Agitationsgewinnen gewissen Einsichtigen und Gewissenhaften vollständig zurückdrängt: wird man kaum noch für jeden internationalen Konflikt ohne vorangegangene sorgfältige Untersuchung, den Ursachen im Deutschen in Berlin suchen, da man doch weiß, daß die Erweckung des Argwohns gegen die vergeblichen Eroberer- und Hegemonieplänne Deutschlands das Bewußtsein wieder, womit Panslawisten und Jingoes den Weltkrieg vorbereiten? Die Krupp und Genossen mögen dem Gegner Waffen verkaufen, die morgen den Leib deutscher Bürger durchbohren werden. Das geschieht ist Geschäft. Die Sozialdemokratie wird sich nie dazu erniedrigen, Materialiefferantin für den Verleumdungsfeldzug zu werden, der, seit Jahren betrieben, wenn er an sein Ziel gelangte, seine furchtbarsten Wirkungen gerade über die Arbeiter ausgießen und entladen würde. Es handelt sich jedoch darum, zu verhüten, daß wir ihnen auch wider Willen Dienste erweisen."

Weiter kommt der Verfasser auf die ungleiche Verteilung der auf den Frieden hindrängenden Motive in den verschiedenen Großmachtstaaten zu reden und meint, dem Engländer fehle „das ethische Verhältnis zum heiligen Gut des Friedens, das nur aus dem Einsetzen der eigenen Person entspringen kann", während in Rußland viele Hemmungen eines Krieges wegfielen, die sonst aus einem sehr komplizierten Wirtschaftsstande hervorzugehen pflegten. Dann aber greift Leuthner auf seinen Ausgangspunkt zurück:

„Man ist gut, den serbischen Konflikt nach Ursprungen und Verlauf genau zu studieren. Das wird das wirksamste Heilmittel gegen den Hang sein, Anfang und Ende aller Dinge in Berlin zu suchen und Schuld dorthin zu tragen, wo einstweilen kaum die Gelegenheit gegeben ist, sie zu begehen. . . . Für die praktische Tätigkeit der Sozialdemokratie kommt zunächst in Frage, daß der panslawistische und der jingoistische Gedanke die eigentlichen Erreger der Gefahr bedeuten, daß sie allerdings mit Gegenkräften zu ringen haben, die einstweilen stärker sind als sie, daß sie sich in einer Zeit heftigster agitatorischer Werbeteilung befinden, und daß darum — die Möglichkeit einer sozialistischen Gegenaktion zunächst beiseite gelassen — alles daran liegt, ihnen nicht die wertvolle Hülfe aus dem bedrohten Lande zu leihen, daß in dem Augenblick, wo das Mal den des erobernden Germanismus von allen Kanzeln der Jingoes und Panslawisten gepredigt wird, die nüchternste, sachlichste und vorsichtigste Wertung der deutschen Politik allen denjenigen zur Pflicht wird, die den Frieden wollen."

So weit der „Genosse" Karl Leuthner. Er ist genötigt, seinen Sozialdemokraten vieles ausführlicher zu entwickeln, was ihnen allein noch neu sein mag, — neu wenigstens aus dem Munde eines Parteimitgliedes. Auch kann er sich stellenweis gestatten, die politische Lage mit den stärkeren Farben zu malen, ohne die sein Publikum, nun einmal an grobe Effekte gewöhnt, vielleicht im unklaren über die Voraussetzungen bliebe, von denen er ausgeht. Wie schon bemerkt, war es dem Sozialdemokraten möglich, eine gewisse Richtung der noch als bürgerlich anzusprechenden Presse zur leider völlig passenden Folie zu nehmen. Wie immer der Erfolg Leuthners bei den „Genossen" selbst sich gestalten wird — die Fähigen mögen es mit dem Umlernen kaum eilig haben —, es bedeutet ein schlimmes Verdikt gegen Geschmack und Tendenz der eben gekennzeichneten nichtsozialistischen Blätter, daß ihre politische Erkenntnis sich diesen reichlich verdienten Rüffel weit von links her zuziehen konnte. Die traurige Tatsache, daß man sich bei Bedarf im Auslande so fast regelmäßig der Ausführungen auch deutscher Zeitungen zu bedienen vermag, die unsere Politik, in echter oder in schon zweifelhafter Naivität, ganz im Sinne gegnerischen Widerstrebens beurteilen, erweckt also nicht nur bei Nationalgesinnten Abscheu! Und insofern ist das Aufsaucheen dieser sozialistischen Aeußerungen ein Zeichen der Zeit. Das Festhalten an Phrasen, die nicht zu den Verhältnissen passen, an einer Agitation, die ihrem Wesen und noch mehr ihren Zielen nach unwahr ist, müßte man kindisch heißen, griffen sie in ihren Wirkungen nicht fortwährend über Deutschlands Grenzen hinaus.

Einen so glatten Mißerfolg, wie ihn die diesjährige Maifeier gebracht hat, scheinen die sozialdemokratischen Blätter kaum vorausgesehen zu haben, obwohl man zugeben darf, daß ihre Hoffnungen nicht rosig gewesen sind. Hielt es doch der Vorwärts für geboten, unter seine einmutigenden Artikel eine vorbeugende Betrachtung zu stellen, worin auch politische Aktionen „unter Umständen das Verlegen einer allgemeinen Aktion auf einen anderen Termin bedingen" könnten. Sodann hieß es: „Dabei ist es keine Feigheit, ausschließlich Kämpfen auszuweichen und sich für den unausweichlichen Kampf nach Kräften zu rüsten. Wenn wir wissen, daß der Kampf um die Arbeitsruhe am 1. Mai den Widerstand der Gegner entfesseln, Ausnahmezustände zeitigen wird, so gebietet es nur die Einsicht, sich für diesen wirtschaftlichen Kampf auch mit den wirtschaftlichen Machtmitteln zu versehen. Dies wirtschaftliche Machtmittel besteht in einem Fonds zur Unterstützung der wegen der Arbeitsruhe Gemaßregelten. Die gewöhnlichen Mittel der Partei reichen zu einem ernsthaften Kampfe um die Arbeitsruhe am 1. Mai bei weitem nicht aus. Auch die gewerkschaftlichen Mittel werden durch die Tagesaufgaben in Anspruch genommen . . . Im Fluge von Sieg zu Sieg zu stürmen, ist leicht. Die echte Kämpfernatur zeigt sich jedoch erst da, wo es gilt, auch Rückschläge unentmutigt zu ertragen und in zähem, unermüdlichem Ringen Schanze um Schanze zu stürmen, bis es endlich gelingt, das Siegeszeichen auf der letzten Bastion aufzupflanzen." — Jedenfalls brachte man selbst an denjenigen Orten, wo Umzüge gestattet worden waren, nur mit Mühe und den bekannten Zwangsmitteln die Demonstration nun auch zu stande. Wenn aber beispielsweise triumphierend auf den imposanten Verlauf der Maifeier und auf die Ueberfüllung der Versammlungssäle in Leipzig hingewiesen wurde, so muß auch, schrieb man der Kreuzzeitung, beachtet werden, mit welchen Druckmitteln dort die organisierten Arbeiter gewungen worden sind, an dem Feste sich zu beteiligen. Das Wahlkontrolleur hatte nämlich Kontrollkarten anfertigen lassen, die den Versammlungsbesuchern ausgehändigt wurden, und auf denen der Empfänger Namen, Wohnort und Arbeitsstätte zu verzeichnen und ferner anzugeben hatte, welcher Gewerkschaft und welcher politischen Organisation er angehört. Die Karte war mit einem Coupon versehen, der als Ausweis der Gewerkschaft gegenüber diente, und der die Kontrolle über diejenigen Organisierten, die an der Maifeier nicht teilgenommen hatten, ermöglichte. Wie eine solche Kontrolle ausgeübt wird, und was für Drangsale die als ungehorsam betroffenen Organisierten auszustehen haben, wissen die „Genossen", und deshalb sehen sie sich solchen Unannehmlichkeiten nicht aus, sondern „füllen" die Versammlungen. Auf diese Weise kann die Sozialdemokratie freilich an manchen Orten noch die Maifeier im Gange halten. Daß aber solche Druckmittel bzw. überhaupt notwendig sind, beweist am besten den in gewerkschaftlichen Kreisen weit vorherrschenden Unwillen gegen den von der roten Internationale verfügten Weltfeiertag der Arbeit. Im Spätsommer folgen dann ja die Kongresse, mit ihnen die lehrreichen Kritiken, die sich vermutlich von neuem um die noch immer schwebende Unterstützungsfrage der Opfer drehen werden.

Rundschau im Auslande.

Botschafter Graf Bernstorff in Milwaukee.

Im Deutschen Klub zu Milwaukee fand am Freitag vormittag zu Ehren des deutschen Botschafters Grafen v. Bernstorff ein großer Empfang mit nachfolgendem Gabelfrühstück statt. Der Botschafter beantwortete die Begrüßungsansprache des Präsidenten des Klubs mit einer Rede, in der er ausführte, es sei ein lebhafter Wunsch gewesen, möglichst bald die deutschestes Stadt Amerikas zu besuchen. Daß es keine besseren Bürger der Vereinigten Staaten gebe als diejenigen deutscher Abkammung, sei von dem früheren und dem jetzigen Präsidenten der Vereinigten Staaten öffentlich anerkannt worden; beide hätten aber auch betont, daß die Liebe zum alten Vaterlande mit dieser Bürgertugend sehr wohl vereinbar sei. Ganz auf demselben Standpunkte ständen die Deutschen in der Heimat. Die einzigartige Stellung der Amerikaner deutschen Ursprungs komme beiden Ländern zu gute, indem sie deren Beziehungen inniger gestalte. Was die Heimat sonst von den Deutschen in Amerika erhoffe, sei die Erfüllung einer rein kulturellen Aufgabe, die gar nicht zu erfüllen wäre, wenn sich die Deutschen irgendwie von ihren Mitbürgern absonderten. Eine